

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

3 **Rechtsradikalismus konsequent bekämpfen - nein zur**
4 **selektiven Parteienfinanzierung**

5

6 Im Zuge der aktuellen Diskussion um eine Wiederaufnahme des NPD-
7 Verbotsverfahrens wird aus den Reihen der Unionsparteien der alte Vor-
8 schlag laut, anstelle eines NPD-Verbots durch eine Grundgesetzänderung
9 die Parteienfinanzierung für „Parteien mit verfassungsfeindlichen Bestre-
10 bungen“ zu verhindern.

11

12 Ein solcher Stopp der staatlichen Parteienfinanzierung für einzelne Partei-
13 en ist wirkungslos und verliert seinen Sinn gegenüber einem Parteiverbot,
14 wenn an ihn dieselben hohen rechtsstaatlichen Hürden gestellt werden wie
15 an ein Parteiverbotsverfahren.

16 Durch eine Abschwächung dieser Hürden und eine Orientierung an bloßen
17 Indizien oder Einschätzungen von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes
18 würde jedoch der willkürlichen Streichung der Finanzierung auch für Par-
19 teien des demokratischen Spektrums Tür und Tor geöffnet. Sie bedeutet
20 den Abschied vom demokratischen Rechtsstaat.

21

22 Wir lehnen eine Grundgesetzänderung, die eine selektive Änderung der
23 Parteienfinanzierung für einzelne Parteien oder eine Einschränkung der
24 Parteienfinanzierung anhand eines vage definierten Extremismus- oder Ver-
25 fassungsfeindlichkeitsbegriffs zum Ziel hat, ab und fordern den Senat auf,
26 einer solchen Änderung im Bundesrat nicht zuzustimmen und sich auf Bun-
27 desebene gegen eine solche Änderung einzusetzen.

28

29 Ziel bleibt es, die NPD und ihre Finanzierung aus Steuergeldern durch ein
30 Parteiverbotsverfahren zu stoppen.